



Abonnements-Preis
auf das 'Berliner Tageblatt' und 'Handels-Zeitung'...

Zeitungs-Preis

Nummer 524.

Berlin, Dienstag, den 15. Oktober 1895.

XXIV. Jahrgang.

Bauernfänger und Charlatane.

Als im Jahre 1890 das Sozialistengesetz nicht wieder be-
kämpft wurde, trafen die deutschen Sozialdemokraten sofort
Vorbereitungen, um ein neues, den veränderten Verhältnissen
angepasstes Parteiprogramm aufzustellen...

Während unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes die
Sozialdemokraten sich nicht nur der Zahl nach von Jahr zu
Jahr vermehrten, sondern auch immer fester an einander ge-
kettet wurden, blieben auf dem Gebiete der Parteiarbeit...

Allein das Eintreten Vollmars für die 'Jungen' galt, wie
seine spätere Entwicklung zeigt, mehr dem Rechte der freien
Meinungsaussprechung als der förmlichen Stellung...

Im vorigen Jahre trat er in Frankfurt a. M. auf dem
Parteitag, außer von den süddeutschen Genossen, hauptsächlich
von Abgeordneten Dr. Schönau unterstügt, erfolgreich für
solche Taktik ein...

Vollmar war durch Krankheit verhindert, an den Verhand-
lungen in Breslau Theil zu nehmen. Es ist behauptet worden,
er wäre gleichfalls, hätte er dem Parteitag beizutreten
sollen, gegen das Agrarprogramm aufgetreten...

hüllten. Darin ist das Zeiden eines großen und leider nicht
unberechtigten Kraftstreben zu erblicken.

Vorkämpfe halten die unter einander feindlichen Brüder
den bürgerlichen Parteien gegenüber noch zusammen. Derselbe
Verständnis, die eben den Führer Hebel mit mehr als
Hochachtung-Blick in der wichtigsten aller verhandelten
Fragen beobachtet hatte, vollzieht sich...

Vor allem aber dürften aus dem Verlaufe des Breslauer
Parteitages der sozialdemokratischen Agitation auf dem Lande
mancherlei Schwierigkeiten erwachsen. Die Bauern werden
doch einengen auf der Part sein, wenn keine für sie über-
windlichen Hindernisse sind...

\* Das Reich, das der Konfessionslose und orthodoxe
'Reichsbote' über Herrn v. Hammerstein, wenn auch nur
bedingungsweise abgibt, ist in der Form äußerst schärflich.
Es ist in dieser Zeit mancher feistige Witz über den kühnen
Herrn v. Hammerstein gegen ihn vorgegangen...

Während der 'Reichsbote' beifällig gegen Herrn v. Hammer-
stein vorgeht, lacht ihn die 'Staatsbürgerzeitung' wie
folgt zu entlassen:
'Wie wir aus guter Quelle hören, ist es allerdings Thatsache,
dass in den Händen des Herrn v. Hammerstein gefundene
und zwar von einer sogenannten 'Konvention'...

\* Wenn man der konfessionellen Presse glauben darf, geht
es mit dem Antisemitismus in Sachsen fast bergab.

Mit Bezug auf die Landtagswahlen schreiben die
'Dresdener Nachrichten':

Es hat nunmehr wohl als feststehend angesehen werden, dass die
deutschsozialistische Reformpartei darauf verzichtet be-
ziehentlich verzichtet auch im höchsten Grade die Wahl-
rechte eines Mannes in Sachsen aufzuheben, es ist hier eine eigene
Bourgeoispartei, wie sie etwaniger nicht gebildet
werden kann...

Der der Wahl sei aber noch darauf hingewiesen, dass vor einigen
Tagen mit Hilfe eines diesfälligen Reporters in eine wichtige Zeitung
die Frage tagabgeordnet in einem Artikel als Kandidat ist von der
betreffenden Zeitung bis jetzt nicht widerwärtig worden...

Es wäre eine förmliche Satire auf den angeblichen Kampf
der Antisemiten und Konfessionellen gegen die Sozialdemokratie,
wenn durch die Mehrheiten einer der beiden Reichs-
parlamentarischen Parteien ein Sozialdemokrat mehr in die säch-
sische Kammer käme.

\* Gedult wird die Rede von dem betreffend den Ausschuss der
preussischen Antisemitenkommissionen. Der Ausschuss
hat sich auf dem Reichstag, bei dem von Finanzminister und
den Ministern für Landwirtschaft und für Handel und Gewerbe zu
bestimmten Kommissaren und bis zu 20 auf drei Jahre von dem
Reichstag ernannt zu werden...

\* Ein Reichstag, Politist in Antisemitenvereinen zu treiben,
ist von dem Reichstag des Reiches verboten in Weimar zurück-
gewiesen worden. In der letzten Sitzung des Reiches fragte
ein Mitglied an, ob das Reich, ein Mitglied habe beim
Vorstand beantragt, den früheren Vereinsvorsitzenden, jetzigen
Landtagsabgeordneten G. A. Meyer aus dem
Reichsverband zu entfernen...

\* Die Stenographenkommission der württembergischen
Abgeordnetenversammlung hat ihre Beratungen über
reformgesetzliche Beschlüsse beendet. Das Ergebnis ihrer Ber-
atungen ist in folgendem einmütigen angenommenen
Schlussantrag zusammengefasst, von dem wir schon unter den
Belegungen Notiz genommen haben: